

## Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

## Kriegssteuern und finanzielle Kriegswirtschaft.

Wien, 2. September.

Die Umrisse der künftigen finanziellen Kriegswirtschaft treten bereits einigermaßen in die Erscheinung. Ein Weltkrieg von mehr als zwei Jahren Dauer, mit Millionenheeren und allen Mitteln modernster Waffentechnik geführt, bedingt auch ungeheure Kosten, einen in annähernd gleicher Höhe noch nie dagewesenen Kapitalsaufwand. Die Lasten der in den Kriegsjahren verbrauchten Milliarden, die Mittel für die Rückführung zu normalen Friedenszuständen werden auch die künftige Generation drücken, die ökonomischen Produktionskosten beeinflussen, in ernster Arbeit und sparsamer Lebensführung beschafft werden müssen. Die neuen Steuern, die mit dem heutigen Tage noch während des Krieges eingeführt wurden, sind ein radikaler Entschluß, die bisher aufgelaufenen Ausgaben beim Bürgertum, bei dem Handel und der Industrie, beim Einkommen aus dem beweglichen Kapital zu decken. Das Bestreben, die minderbemittelten Schichten, die breiten Massen zu schonen, tritt in den neuen Steuerordnungen zutage. Von den Gegenständen des täglichen Verbrauches werden bloß Bier und Zündmittel getroffen; die kleinen Einkommen bis zu 3000 Kronen bleiben von Steuerzuschlägen frei, die schärfere Steigerung setzt erst bei den mittleren Einkommen über 20.000 Kronen ein; das Wohnungsbedürfnis wird nicht durch eine Erhöhung der Mietssteuer verteuert, die besondere Steuer von der Befoldung der Beamten wird unberührt gelassen. Auch der liegende Besitz, das immobile Kapital, kommt bei den neuen Steuern bisher sehr glimpflich weg. Die Grundsteuer wird zwar um 80 Prozent erhöht, wird künftig 34,7 Prozent des Katastralreinertrages erfassen, von welchem auch noch die Personaleinkommensteuer ermittelt wird. Allein der der Steuervorschreibung zugrunde liegende Katastralertrag stellt nur einen sehr mäßigen Bruchteil des wirklichen Bodeneinkommens dar, das sich in den letzten Jahrzehnten durch die Wirkung der hohen Zölle und jetzt wieder der Kriegspreise vervielfacht hat. Die Landwirtschaft hatte im Kriege ihre Konjunktur, wird auch in den ersten Friedensjahren sicherlich noch, da ein Abbau der hohen Preise sich nur allmählich vollziehen kann, ausgiebig verdienen. Die Steuererhöhung wird so erheblich unter dem Mehrgewinne der Kriegsjahre bleiben und die stetig steigende Rente des Bodens kaum schmälern. Die neuen Steuern treffen mit dem größten Teile die städtische Bevölkerung, den kommerziellen Verkehr. Von den 750 Millionen Kronen, welche die Verzinsung der Kriegsanleihen sicherstellen, belastet die Erhöhung der Erwerbsteuer, der Rentensteuer, der Aktiensteuer die bürgerlichen Schichten zur Gänze, die Steigerung der Personaleinkommensteuer, der Stempel und Gebühren zum größten Teile. Man kann die Quote dieser Kreise an den neuen Steuern mit 500 bis 600 Millionen Kronen veranschlagen. Das bedeutet eine Erhöhung der bisherigen Steuerlasten aus diesen Titeln um reichlich die Hälfte. Die Annahme, daß Industrie und Handel künftig an zwei Tagen der Woche ausschließlich für den Staat arbeiten müssen, findet durch diese Steuern ihre Bestätigung.

Für die finanziellen Kreise, für Markt und Kapitalbesitz erscheint die Erhöhung der Steuer der Aktiengesellschaften von besonderem Interesse. Die staatliche Steuer der Gesellschaften betrug bisher mindestens zehn Prozent des Ertrages, die Gesellschaften mit reichen Dividenden zahlten außerdem eine Zusatzsteuer, die von dem über zehn Prozent des Kapitals ausgeschütteten Mehrertrage bis zu vier Prozent aufzehrte. Durch Zuschläge der Länder und Gemeinden erhöhte sich die Steuer oft auf das Doppelte; manche Unternehmungen hatten jetzt bereits den vierten Teil des Reingewinnes und nicht selten auch mehr an Staat, Land und Stadt abzuführen. Nunmehr erfolgt eine neue Steigerung der Aktiensteuer, die bei wohlhabenden Gesellschaften mindestens die Hälfte, bei den allerreichsten die Verdoppelung der früheren staatlichen Steuer bedeutet. Der Staat hatte im letzten Jahre vor dem Kriege von den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen an Steuer 78,6 Millionen Kronen bezogen, und einschließlich der Zuschläge dürfte ihre Gesamtbelastung mindestens 200 Millionen Kronen betragen haben. Der Kriegszuschlag soll dem Staate Jahreseinnahmen von 39 Millionen, die Hälfte seiner bisherigen Eingänge bringen. Eines der größten Unternehmungen der Eisenindustrie hatte im letzten Jahre von einem Gewinne von rund 8,4 Millionen Kronen Steuern und Zuschläge in der Höhe von 1,8 Millionen Kronen gezahlt. Bei gleichbleibendem Gewinne wird sich nach dem neuen Schlüssel die Steuer um 700.000 Kronen oder die Hälfte steigern. Eine große böhmische Kohlengesellschaft wies vor dem Kriege einen Gewinn von 5,6 Millionen Kronen aus und zahlte Steuern von 1,6 Millionen Kronen. Auf Grund der jetzigen Belastung wird sich die staatliche Steuer um den dritten Teil, um 460.000 Kronen, vermehren. Eine der Wiener Großbanken hatte eine gesamte Steuerlast von 2,96 Millionen Kronen, fast 22 Prozent des Reingewinnes. Durch die neuen Vorschriften erhöht sich die Steuer um 830.000 Kronen oder 60 Prozent. Eine große Maschinen- und Waggonfabrik wies im letzten Jahre vor dem Kriege eine Steuerlast von 338.000 Kronen bei einem Reingewinn von rund 970.000 Kronen aus. Nach der neuen Verordnung wird sie an staatlichen Steuern um 10.000 Kronen mehr zu zahlen haben. Einer großen Metallwarenfabrik war in dem letzten Friedensjahre eine Steuer von 207.000 Kronen vorgeschrieben, der Reingewinn betrug 700.000 Kronen. Die Steuer wächst in Zukunft um 36.000 Kronen, die Hälfte der bisherigen Belastung durch die staatliche Steuer.

Bei reichen Unternehmungen wirken die neuen Kriegszuschläge, die im Verhältnis zum höheren Gewinne progressiv aufgebaut sind, im ziffermäßigen Ergebnisse selbstverständlich am stärksten und gehen bisweilen in die Millionen; solche Gesellschaften sind aber am widerstandskräftigsten, haben vielfach auch große Kriegsgewinne erzielt und ihre Leistungsfähigkeit gesteigert. Anders wirkt die Steuer bei kleineren Gesellschaften, deren Dividende mühsam auf den Minimalstandard von fünf Prozent gehalten wurde oder hinter ihm zurückblieb. Eine alteingeführte Baugesellschaft in Wien hatte in einem der letzten Jahre einen Gewinn von 650.000 Kronen, von dem sie an Steuern und Gebühren mehr als den dritten Teil, 270.000 Kronen, abführte. Würde ihr Erträgnis das gleiche bleiben, so würde sie ihre Steuer um 20.800 Kronen steigern und bereits jener Grenze näher rücken, welche die Aufrechterhaltung der fünfprozentigen Dividende in Frage gestellt. Ein großes Brauunternehmen der Alpenländer hatte im Jahre 1913 vor dem Kriege von einem Gewinn von 640.000 Kronen Steuern und Zuschläge von rund 140.000 Kronen entrichtet und eine Dividende von 9 1/2 Prozent ausgeschüttet; die Mehrbelastung durch die neue Steuer läßt sich mit 26.800 Kronen ausrechnen. Die Beispiele könnte man vervielfachen. Industrie, Handel und Gewerbe werden den Löwenanteil der neuen Steuern auf sich nehmen müssen. Allein die Industrie hat im Kriege überwiegend lohnende Arbeit gefunden, auskömmliche, oft reiche Verdienste erzielt, ihre Einrichtungen verbessert, ihre Anlagen abgeschrieben, Reserven für magere Jahre angesammelt. Würden die Zeiten so bleiben, so könnte die Industrie die neuen Steuern ohne übermäßige Schwierigkeit tragen. Vorsichtige, gutgeleitete Gesellschaften haben die hohen Steuerlasten in ihr Kalkül einbezogen und durch entsprechende Rücklagen für einige Zeit vorgejort. Auch Unternehmungen, die nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, können vielfach auf große Gewinne zurückgreifen und aus ihnen die Steuer decken. In der Folge wird es auf die sich bietenden Entwicklungsmöglichkeiten ankommen. Wird die Industrie in der Lage sein, zu verdienen, so wird sie natürlich auch die großen Steuern leichter tragen können. Für die Ordnung im Staatshaushalte muß Vororge getroffen werden und die Deckung der Zinsen der Kriegsanleihen aus den laufenden Einnahmen ist ein wichtiger Schritt auf diesem Wege.

Von der Verfolgung ihres Zieles, von dem Fortschreiten auf dem betretenen Wege lassen sich die Monarchie und Deutschland nicht einen Zollbreit wegdrängen. Inmitten der größten Erschütterungen, unter dem frischen Eindruck eines neuen Krieges, nimmt Deutschland die Begehung der fünften Kriegsanleihe vor. Das Vertrauen und die Bereitwilligkeit des Volkes, die ganze wirtschaftliche Existenz an die Zukunft des Reiches zu knüpfen, ist unvermindert. Jeder ist überzeugt, daß die neue Anleihe wieder einen starken, imponierenden Erfolg haben, daß abermals viele Milliarden gezeichnet werden dürften, um die Mittel für die Weiterführung des Krieges zu sichern. Auch die Effektenmärkte haben ihre Zuversicht nicht eingebüßt, nach der ersten rasch vorübergegangenen Erregung ihre ruhige, vertrauensvolle Beurteilung wiedergewonnen. Der erste Anprall war naturgemäß heftig, als aber durch die Kriegserklärung Bulgariens die volle Klärung erreicht war, ist auch die Börse in die früheren Bahnen ruhiger Entwicklung zurückgekehrt. Naturgemäß hatten sich nach einer so langen Zeit fast unausgesetzten Aufstieges manche Positionen bei Besitzern angesammelt, denen bei einer Umwälzung des Horizonts die Bergung eines Gewinnes rätlich erschien. Die Empfindlichkeit und der Rückschlag waren in Berlin stärker als auf dem Wiener Platze, der größere Kaltblütigkeit bewahrte, trotzdem die Monarchie dem ersten Ansturm ausgesetzt ist. Das Publikum, der effektive, bar bezahlte Besitz, diese Schichten haben nicht verkauft, nicht mit der Wimper gezuckt, ruhig den Sturm über sich ergehen lassen und dadurch dem Markt die feste Stütze geboten. Die Haltung der Besitzer der Anteile an den großen Industrie- und Handelsunternehmungen hat ihre Wurzel in dem Vertrauen auf den für uns erfolgreichen Ausgang des gewaltigen Weltkampfes, nicht minder in der Anschauung, daß auch nach dem Frieden für lohnende Arbeit noch auf geraume Zeit gesorgt sein wird.